

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

01.11.2023

Inhalt

EWN

1 Neustart des Atomkraftwerks Isar 2 nicht mehr möglich <i>Ostsee-Zeitung.de, 26.10.2023</i>	3
2 Atommülllager Asse: Verein unterstützt Klage gegen Betreiber <i>nordsee-zeitung.de, 26.10.2023</i>	4
3 Zwei Fukushima-Arbeiter nach Kontakt mit radioaktiver Flüssigkeit im Krankenhaus <i>Spiegel.de, 27.10.2023</i>	5
4 Geheime Unterlagen zum LNG-Terminal vor Rügen? <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 01.11.2023</i>	6
5 Bund zu LNG-Terminal: Wetter und Genehmigung sind Risiken <i>nordkurier.de, 31.10.2023</i>	7

 Ostsee-Zeitung.de | 26.10.2023 RND, dpa WEBLINK

VORBEREITUNGEN FÜR DEN RÜCKBAU

Neustart des Atomkraftwerks Isar 2 nicht mehr möglich

Essenbach

Das Atomkraftwerk Isar 2 in Bayern kann laut Guido Knott, Geschäftsführer des Betreibers Preussen-Elektra, nicht mehr hochgefahren werden. Stattdessen liefen die Vorbereitungen für den Rückbau auf Hochtouren, hieß es. „Das Thema Wiederinbetriebnahme ist für uns damit definitiv vom Tisch“, sagte Knott.

Gut ein halbes Jahr nach dem Abschalten des Atomkraftwerks Isar 2 nahe Landshut steht fest: Die Anlage kann nicht mehr hochgefahren werden. Das sagte Guido Knott, Geschäftsführer des Betreibers Preussen-Elektra, am Mittwochabend in Essenbach. „Die Vorbereitungen für den Rückbau laufen auf Hochtouren und die für einen Betrieb erforderlichen Kollegen stehen uns schlichtweg nicht mehr zur Verfügung. Das Thema Wiederinbetriebnahme ist für uns damit definitiv vom Tisch“, so Knott.

Damit erteilte er Spekulationen um einen Neustart der Anlage eine Absage. Am 15. April um kurz vor Mitternacht war der deutsche Atomausstieg mit dem Abschalten der letzten drei noch laufenden Meiler vollzogen worden. Neben Isar 2 waren dies das Atomkraftwerk Emsland in Niedersachsen sowie Neckarwestheim 2 in Baden-Württemberg.

Die offizielle Rückbaugenehmigung für Isar 2 steht

noch aus, die zuständige Behörde ist das bayerische Umweltministerium. In dem Kraftwerk laufen seit April Vorbereitungen für den Rückbau.

Kritik an Markus Söder

Nur einen Tag nachdem Isar 2 vom Netz genommen worden war, hatte Ministerpräsident Markus Söder (CSU) gesagt, die Anlage in Landesverantwortung weiterbetreiben zu wollen und von der Bundesregierung eine Änderung des Atomgesetzes gefordert.

Dafür gab es umgehend Kritik. Der Präsident des Bundesamtes für die Sicherheit nuklearer Entsorgung (BASE), Wolfram König, sagte damals: „Bundestag und alle Bundesländer einschließlich Bayern haben sich nicht nur auf den Ausstieg aus der Kernenergie verständigt, sondern auch die Endlagersuche nach wissenschaftlichen Kriterien auf den Weg gebracht.“ Der geforderte Sonderweg Bayerns widerspreche geltendem Recht und gefährde die Endlagersuche.

NIEDERSACHSEN

Atommülllager Asse: Verein unterstützt Klage gegen Betreiber

Weil Kritikern die Räumung und Stilllegung des maroden Atommülllagers Asse bei Wolfenbüttel nicht schnell genug vorankommt, ist Klage gegen die Betreibergesellschaft (BGE) eingereicht worden. „Weder die Rückholung noch die Stilllegung wurden bislang formal begonnen oder auch nur beantragt“, sagte Anwohnerin Anja Haase, die beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg klagt, am Donnerstag. Unterstützt wird sie vom Verein „Aufpassen“, der nach eigenen Angaben seit mehreren Jahren auf Probleme rund um das Atommülllager aufmerksam macht.

„Wir fordern, das Gesetz ernst zu nehmen“, sagte die Vereinsvorsitzende Heike Wiegel. „Ohne schuldhaftes Verzögern.“ Ihr zufolge ist die Klage erforderlich geworden, weil die BGE trotz ausdrücklicher Aufforderung, die Schachanlage Asse II unverzüglich stillzulegen und alle dafür nötigen Schritte zeitnah nachzuweisen, keinen gesteigerten Handlungsbedarf einräumt.

In dem ehemaligen Bergwerk bei Remlingen liegen in 13 Kammern rund 126.000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen. Doch das Bergwerk ist in-

stabil, durch Risse tritt salzhaltiges Wasser ein. Rund 12,5 Kubikmeter pro Tag und niemand will und kann ein „Absaufen“ der Asse ausschließen. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung mit Sitz in Peine ist für den gesetzlichen Auftrag zuständig, die Anlage nach Rückholung der radioaktiven Abfälle unverzüglich stillzulegen.

Am Mittwoch hatte Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Grüne) auf mehr Tempo bei der Rückholung der radioaktiven Abfälle aus der Asse gepocht.

 Spiegel.de | 27.10.2023 Kathrin Fromm, AP WEBLINK

UNFALL IN DER ATOMRUINE

Zwei Fukushima-Arbeiter nach Kontakt mit radioaktiver Flüssigkeit im Krankenhaus

Als sich ein Abflussschlauch löste, wurden vier Arbeiter in dem havarierten Atomkraftwerk mit strahlendem Material besprüht. Zwei von ihnen mussten in eine Klinik eingeliefert werden – zur Überwachung und Dekontamination.

Der Vorfall ereignete sich bei Reinigungsarbeiten: Vier Arbeiter in der Atomruine Fukushima seien versehentlich mit einer Flüssigkeit besprüht worden, die mit radioaktivem Material versetzt war, teilte der Betreiberkonzern Tepco mit. Zwei Männer seien ins Krankenhaus eingeliefert worden. Die vier Arbeiter waren demnach am Mittwoch gerade dabei, Rohrleitungen zu reinigen, als sich plötzlich ein Abflussschlauch löste und sie mit dem verunreinigten flüssigen Abfall bespritzte.

Alle beteiligten Arbeiter trugen nach Angaben von Tepco Vollgesichtsmasken. Nach dem Unfall hätten zwei von ihnen die Kontamination so weit abspülen können, dass sie das Werk verlassen konnten. Die anderen beiden, bei denen die Flüssigkeit die doppellagigen Schutzanzüge und die Unterwäsche durchtränkt hatte, seien zur weiteren Dekontamination und Über-

wachung in ein Krankenhaus gebracht worden.

Die Strahlungswerte der beiden ins Krankenhaus eingelieferten Arbeiter lagen bei oder über vier Becquerel pro Quadratmeter, dem Grenzwert, der als sicher gilt, schreibt der »Guardian«. Die Männer sollen demnach für rund zwei Wochen zu Nachuntersuchungen im Krankenhaus bleiben.

Im AKW Fukushima Daiichi war es im März 2011 in Folge eines schweren Erdbebens und gewaltigen Tsunamis zu Kernschmelzen gekommen. Die Reaktoren müssen seither mit Wasser gekühlt werden, das in mehr als tausend Tanks gelagert wird – inzwischen sind es über 1,3 Millionen Tonnen. Im August hat Japan mit der Einleitung gefilterten und verdünnten Kühlwassers aus der Atomruine ins Meer begonnen.

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 01.11.2023 | S. 15

 Auflage: 25.373 | Reichweite: 79.409

 Heidmann Daniel

VERFAHREN GEHT WEITER

Geheime Unterlagen zum LNG-Terminal vor Rügen?

Pipeline-Bauer Gascade soll wichtige Behauptungen angeblich nicht belegen können / Umwelthilfe kritisiert Bergamt MV massiv

Nächste Runde im Streit um das LNG-Terminal vor Rügen: Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig eine ausführliche Klagebegründung gegen die Genehmigung des ersten Seeabschnitts der LNG-Anbindungspipeline von Lubmin nach Mukran eingereicht. Das hat die Organisation am Montag mitgeteilt.

Demnach müsse das Gericht die Argumente der DUH eingehend prüfen, nachdem bisher lediglich eine „summarische Prüfung“ im Eilverfahren stattgefunden hat. Die DUH bringt in ihrer Mitteilung geheime Unterlagen ins Spiel. „Wir haben inzwischen Einsicht in bisher unveröffentlichte interne Dokumente, wonach der Antragsteller und Pipeline-Bauer Gascade entscheidende Behauptungen nicht belegen kann. Wir zweifeln unter anderem an, dass die Sicherheit der Pipeline und damit von Umwelt und Anwohnenden gewährleistet ist“, macht Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der DUH, deutlich.

„Gascade bezieht sich diesbezüglich auf geheime Unterlagen, die weder der Behörde noch der DUH vorliegen.“ Konkret stört sich die Umwelthilfe daran, dass die Genehmigungen anhand von Gutachten erteilt wurden, die einst für die Nord-Stream-2-Pipeline gedacht waren. „Die meeresbiologischen Gutachten sind drei Jahre alt. Da hat sich eine Menge geändert“, erklärt Müller-Kraenner auf OZ-Nachfrage. „Und auch die Sicherheitslage ist eine andere.“

Das hätten der Anschlag auf die Nord-Stream-Leitung sowie der Anker-Unfall bei der Pipeline Balticconnector zwischen Finnland und Estland gezeigt.

Die Umwelthilfe kritisiert das Bergamt Stralsund massiv. Die Behörde, die im August für den ersten und

in der vergangenen Woche für den zweiten Seeabschnitt der Pipeline zwischen Lubmin und Mukran grünes Licht gegeben hat, habe diese gravierenden Mängel bei der Genehmigung offenbar nicht berücksichtigt. Zudem seien notwendige Umweltprüfungen nach europäischem und internationalem Recht ausgeblieben. „Die Genehmigungsunterlagen und internen Verwaltungsvorgänge zeigen eindeutig, dass diese Pipeline nicht hätte genehmigt werden dürfen. Sie beruht zu weiten Teilen auf nicht belegten Behauptungen von Gascade, die von der zuständigen Behörde offenbar nicht gründlich überprüft worden sind“, bemängelt Müller-Kraenner.

„Das hat schon jetzt irreparable Schäden an der sensiblen Natur der Ostsee verursacht.“ Constantin Zerger, Leiter Energie und Klimaschutz der DUH, kommt zum Schluss: „Die Pipeline und das gesamte LNG-Projekt auf Rügen sind eine unnötige Belastung für Natur und Menschen vor Ort. Die Genehmigung ist nichts weiter als ein rechtswidriges Geschenk an private Unternehmen, die aus Krisen Profit schlagen wollen.“

Das Schweriner Wirtschaftsministerium, in dessen Zuständigkeitsbereich das Bergamt Stralsund fällt, wies die Vorwürfe zurück: „Die Mitarbeitenden des Bergamtes Stralsund gehen verantwortungsvoll ihrer Tätigkeit nach und führen als zuständige Behörde das rechtsstaatliche Verfahren durch.“ Wann mit einer Entscheidung des Gerichts in der Sache zu rechnen ist, ist unklar. „Das kann einige Monate dauern“, erklärt Müller-Kraenner. Er hofft auf ein Hauptverfahren noch dieses Jahr und ein schnelles Urteil, denn die Arbeiten an der Anbindungspipeline laufen. Er weiß: „Wenn die Arbeiten fertiggestellt sind, haben sich die Folgen für die Meeresumwelt als Klagegegenstand erledigt.“

 nordkurier.de | 31.10.2023 Deutsche Presse-Agentur WEBLINK**ENERGIE****Bund zu LNG-Terminal: Wetter und Genehmigung sind Risiken****Mukran**

Wetter und Behörden müssen mitspielen, damit das Rügener LNG-Terminal wie geplant im kommenden Winter starten kann. Der Bund sagt, es werde mit Hochdruck an der Inbetriebnahme gearbeitet. In der Politik gibt es aber Zweifel.

Das Wetter und noch fehlende Genehmigungen könnten laut Bundesregierung den geplanten Start des Rügener Terminals für Flüssigerdgas (LNG) im Winter gefährden. „Nach Kenntnis der Bundesregierung stellen aktuell für die geplante Inbetriebnahme des Terminals in Mukran im Winter 2023/24 schlechtes Wetter, das erforderliche Bauarbeiten verzögert, sowie noch ausstehende erforderliche Genehmigungen der Landesbehörden Risiken dar“, heißt es in einer Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Leif-Erik Holm, die der dpa vorliegt.

Die Projektbeteiligten arbeiteten unter Hochdruck und in Abstimmung mit den Genehmigungsbehörden, hieß es. Die Bundesregierung verfolge das Ziel, dass alle schwimmenden LNG-Terminals so schnell wie möglich einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisteten.

Vergangene Woche hatte die zuständige Behörde auch den letzten verbliebenen Abschnitt der Anbindungs-Pipeline für das Terminal genehmigt. Die rund 50 Kilometer lange Offshore-Leitung, die das Terminal in Mukran auf Rügen mit dem Gasleitungsknotenpunkt in Lubmin verbinden soll, ist laut Gasnetzbetreiber Gascade etwa zur Hälfte verlegt. Man hoffe, dass die Arbeiten auch im zweiten Seeabschnitt „trotz der rauerer Jahreszeit“ wie geplant erfolgen werden, hieß es kürzlich von dem Unternehmen. Während der jüngsten Ostsee-Sturmflut hatte das Verlegeschiff pausieren müssen.

Von Behördenseite steht noch die Genehmigung für Arbeiten im Hafen von Mukran und der dortigen Stationierung der Terminalschiffe aus. Das entspre-

chende Verfahren läuft. Zum zeitlichen Ablauf wollte sich ein Sprecher des Schweriner Umweltministeriums nicht äußern.

Holm sagte, sollten Genehmigungsverfahren samt möglicher Umweltverträglichkeitsprüfung sowie schlechtes Wetter die geplante Inbetriebnahme des Terminals zum Winter 2023/24 verhindern, könnte damit das gesamte Projekt hinfällig werden. „Danach werden laut Planungen so viele anderweitige Kapazitäten aufgebaut sein, dass der Standort Mukran verzichtbar wäre.“ Er forderte vom Schweriner Umweltminister Till Backhaus (SPD) die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Auf eine solche Prüfung kann laut LNG-Beschleunigungsgesetz verzichtet werden. Laut Holm ist aber ein extrem empfindliches Ökosystem betroffen.

Das Bundeswirtschaftsministerium verweist in seiner Antwort auf das Land: „Die Entscheidung darüber, ob und inwieweit eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird, obliegt den zuständigen Landesbehörden.“

LNG-Terminals sollen die Gasversorgung Deutschlands und anderer Länder absichern, nachdem Russland die Versorgung per Pipeline im vergangenen Jahr eingestellt hatte. Bereits in Betrieb sind Anlagen in Wilhelmshaven und Brunsbüttel an der Nordsee sowie in Lubmin. Der Bund hält das Terminal in Mukran unter Verweis auf die Energieversorgungssicherheit für notwendig. Kritiker sprechen von nicht benötigten Überkapazitäten und Risiken für die Umwelt sowie den Tourismus in der Region.